

Weißhuhn, Gernot

Article — Digitized Version

Bringt eine nachfrageorientierte Strategie die Vollbeschäftigung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weißhuhn, Gernot (1979) : Bringt eine nachfrageorientierte Strategie die Vollbeschäftigung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 12, pp. 599-605

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135385>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KONJUNKTURPOLITIK

Bringt eine nachfrageorientierte Strategie die Vollbeschäftigung?

Gernot Weißhuhn, Berlin*

Im März dieses Jahres wurde vom DIW eine nachfrageorientierte mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik bis zum Jahre 1985 vorgelegt¹, die auch Gegenstand eines Symposiums in diesen Tagen war². Wie sind ihre Erfolgsaussichten zu beurteilen?

In der mittelfristigen Strategie des DIW zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung bis zum Jahre 1985 sind vorgesehen eine erhebliche Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage des öffentlichen Sektors sowie der privaten Güternachfrage auf direktem und indirektem Wege. Als zusätzliche öffentliche Nachfrage sowie als Förderungsausgaben für private Investitionen (in Höhe von 32 Mrd. DM) werden für die Jahre 1980–1985 130 Mrd. DM (zu Preisen von 1970) veranschlagt, die mit indirekten Effekten (Multiplikator- und Akzeleratoreffekten) in Höhe von 131 Mrd. DM verbunden sind, so daß sich eine reale Gesamtwirkung in Höhe von 261 Mrd. DM ergeben soll (für 1985: 64 Mrd. DM). Unter der Annahme, daß sich die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde kaum gegenüber dem Status quo, d. h. der Entwicklung ohne Nachfrageprogramm, verändert (4,3 bzw. 4,4%), ergibt sich – bei einer durchschnittlichen Arbeitszeitverkürzung von 1,4% – ein positiver Beschäftigungseffekt von rd. 1,9 Mill. Arbeitsplätzen im Vergleich zur Status-quo-Prognose für das Jahr 1985. Während 1978 die Zahl

der Erwerbstätigen 25,1 Mill. betrug, ist ohne Nachfrageprogramm 1985 mit 23,9 Mill. Arbeitsplätzen zu rechnen und mit einer Arbeitslosenquote von 2 Mill. bzw. einer Arbeitslosenquote von 7,7%. Dagegen ergeben sich unter Berücksichtigung der Programmeffekte eine Arbeitslosenquote von 800 000 Personen und eine entsprechende Arbeitslosenquote von 3,0% im Jahre 1985.

Diese Ergebnisse wurden unter Verwendung eines gesamtwirtschaftlichen Prognosemodells (sogenannte „Berliner Version“ des Bonner Modells) ermittelt. Von Bedeutung für den Eintritt der Beschäftigungsexpansionseffekte dürften dabei folgende Hypothesen sein:

- Die Bestimmungsfunktion des Preisniveaus, da hiervon das Ausmaß der realen Nachfrageeffekte entscheidend abhängt.
- Die Schätzung der Nominallohnfunktion in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote, Arbeitsproduk-

* Eine längere Fassung des vorliegenden Beitrages ist vom Verfasser erhältlich.

¹ Vgl. DIW (Hrsg.): Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: DIW-Wochenbericht 13/1979; dass.: Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: DIW-Wochenbericht Nr. 15/1978.

² Vgl. DIW-Symposium „Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“, Berlin, 13./14. 12. 1979.

Prof. Dr. Gernot Weißhuhn, 36, lehrt am Fachbereich Gesellschafts- und Planungswissenschaften der Technischen Universität Berlin.

tivität sowie dem Gewerkschaftsverhalten als Determinanten von Preisniveau und funktioneller Einkommensverteilung.

□ Die Verknüpfung von Output und Faktoreinsatz (Produktionsfunktionen) zur Bestimmung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Nachfrage nach Arbeitskräften.

Finanzierungsprobleme

Neben den modellimmanenten Problemen der „Berliner Version“ des Bonner Modells wird im folgenden die Finanzierbarkeit des Nachfrageprogramms kritisch diskutiert. Während im DIW-Modell als weiteres Ergebnis anfällt, daß sich die Nachfrageexpansion selbst finanziert³, wird im „Memorandum '79“⁴ die finanztechnische Ausgestaltung der expansiven Ausgabenpolitik unter dem Aspekt negativer Verteilungswirkungen und inflationärer Effekte kritisiert. Im einzelnen wird gefordert, daß die öffentliche Kreditaufnahme möglichst „zinsfrei“ erfolgen soll⁵, da sich bei verzinsten Kreditaufnahme unerwünschte Umverteilungseffekte zugunsten des Bankensystems ergeben würden. Daher wird vorgeschlagen, die Kredite zinslos bei der Bundesbank aufzunehmen. Letztere Strategie wird jedoch wegen „technischer Schwierigkeiten“ und „unsozialer Vermögenseffekte“ sogleich wieder eingeschränkt, da vor allem solche Personen und Unternehmen in den Genuß öffentlicher Zinszahlungen kämen, die über ein entsprechend hohes Einkommen verfügten. Ergänzt werden soll die Finanzierung durch eine zusätzliche Gewinnbesteuerung der Unternehmen, eine Durchleuchtung der Subventionshaushalte und Einsparungen bei den Rüstungsausgaben.

Bedenklich und ohne jede politische und geldpolitische Reflexion erscheint die „zinslose“ Kreditaufnahme bei der Bundesbank, vor allem die in diesem Zusammenhang geforderte Mindestreservenhebung, um die von den Unternehmen nicht verwendeten Gewinne in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zu schleusen. Diese Anhebung dürfte nicht ohne Folgen

³ Vgl. DIW-Wochenbericht 13/1979, S. 147.

⁴ Vgl. Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1979, S. 90.

⁵ Vgl. Memorandum, a.a.O., S. 92.

⁶ Vgl. zu diesem Argument F. Haller: Zum Alternativgutachten – Memorandum '79, in: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Heft 2/3, 1979, S. 168.

⁷ Vgl. W. Ehrlicher: Grenzen öffentlicher Verschuldung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 59. Jg. (1979), H. 8, S. 393 f.

⁸ Vgl. DIW (Hrsg.): Dokumentation: „Berliner Version des Bonner Modells“, Mai 1979, Gleichung 62, vervielf. Manuskript, im folgenden zitiert als „Dokumentation“.

⁹ Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichung 159.

für das volkswirtschaftliche Zinsniveau bleiben – mit negativen Effekten auf die private Investitionsnachfrage, insbesondere im Hinblick auf die Aufnahme von Fremdmitteln der privaten Investoren, die in der DIW-Strategie immerhin auf gut 150 Mrd. DM im Jahre 1985 veranschlagt werden –, abgesehen von den auch hierbei auftretenden unerwünschten Umverteilungseffekten. Darüber hinaus dürften Steigerungen der Finanzierungskosten und Gewinnsteuererhöhungen – letzteres tangiert sicher die privaten Investitionen – das Preisniveau beeinflussen (unter der Annahme weitgehend kosten- und gewinndeterminierter Preise) und damit die Wirksamkeit der zusätzlichen realen Güternachfrage. Ohne ökonomische Vernunft ist aber auch die bedenkenlose Aufgabe des Zinsmechanismus als Vehikel zur Realisierung wirtschaftlichen Handelns der öffentlichen Hand⁶, die im Grunde nichts anderes darstellt als die Freigabe der Notenbankpresse, deren verheerende Folgen historisch allzu bekannt sind.

Alein eine differenzierte Analyse der Wirkungen der öffentlichen Kreditaufnahme im Kontext von stabilitäts-, allokatons- und verteilungspolitischen Problemen dürfte ökonomisch fundierte Hinweise auf die adäquate Ausgestaltung der expansiven Ausgabenpolitik geben, die allerdings nicht in übersichtlichen und einfachen Verfahrensregeln ausformuliert werden können⁷. Im vorliegenden Prognosemodell des DIW ist dies in gewisser Weise bereits realisiert worden, indem die globalen Effekte der expansiven Ausgabenstrategie im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang untersucht worden sind.

Preisbestimmungsfunktionen

Die Wirksamkeit der öffentlichen und privaten Nachfrageexpansion auf den Beschäftigungsgrad dürfte entscheidend von der Entwicklung des Preisniveaus für die einzelnen Nachfragekomponenten abhängen, und zwar einerseits im Hinblick auf die Entfaltung der realen effektiven Güternachfrage, und andererseits aber auch im Hinblick auf das Verhalten der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und die Rolle der Löhne als Kostenfaktor. Daher sollen zunächst die Preisbestimmungsfunktionen kurz skizziert werden⁸.

□ Preisbestimmung des privaten Verbrauchs (P_c):

$$(1) P_c = a_1 \cdot k_t + a_2 \cdot c_t + a_3 \cdot P_{c,t-1} + a_4 + R_c$$

mit k_t als Kosten je Einheit reales Sozialprodukt, c_t als Kapazitätsauslastung und R_c als Residualglied.

Die Kosten sind determiniert durch⁹:

$$(2) k_t = w_t \cdot \frac{H_t}{Y_t} + \frac{M_t}{Y_t} + \frac{T_t}{Y_t}$$

mit w_t als Nominallohnsatz pro Arbeitsstunde, H_t als geleistete Arbeitsstunden, Y_{rt} als reales Brutto-sozialprodukt im privaten Sektor, M als Güterimport und T_i als indirekte Steuern.

□ Preisbestimmung der privaten Investitionsgüter:

$$(3) P_{it} = a_1 \cdot k_t + a_2 \cdot c_t + a_3 \cdot P_{i,t-1} + a_4 + R_{it}$$

□ Preisindex für den Export:

$$(4) P_X = 100 \cdot \frac{X}{X^r}$$

mit X als nominellem Export und X^r als realem Export.

Der Export wird im Modell von der Entwicklung des Welthandelsvolumens abhängig gemacht¹⁰, und der Deflationierungsfaktor für die Güterexporte wird exogen geschätzt. Da von diesen beiden Faktoren das Stabilitätsergebnis sehr stark abhängig ist, müßten zumindest in alternativer Form (bedingte Prognose) Wachstumsraten des Welthandels und der Güterexportpreisindex vorgegeben werden, um die *Sensibilität des Stabilisierungserfolges zu testen*.

Abgesehen davon werfen die Preisbestimmungsfunktionen in Gleichung (1) und (3) weitere ökonomische Probleme auf, da in diesen den Lohnkosten pro Outputeinheit – neben dem Grad der Auslastung der Produktionskapazität c_t – ein wesentlicher Einfluß auf das Konsum- und Investitionsgüterpreisniveau zugeschrieben wird. Dabei fällt zunächst auf, daß die Preisbestimmung für das Konsumgüterpreisniveau der „Aufschlagstheorie“¹¹ folgt, da die Preise allein von der Unternehmensseite fixiert werden, wie in der Gleichung (1) bzw. (3) zum Ausdruck kommt. Damit wird der *Preisbildungsprozeß am Gütermarkt aus dem Modell ausgeschlossen*, d. h. der Marktpreisbildungsprozeß funktioniert nicht, sondern es finden nur noch *Mengenbewegungen* statt.

Behandlung des Auslastungsgrades

Nun könnte argumentiert werden, daß eben im Grad der Kapazitätsauslastung die Marktkräfte zum Ausdruck kommen. Zwei Aspekte der Behandlung des Auslastungsgrades im „Berliner Modell“ schließen dies jedoch aus:

□ Der Auslastungsgrad c_t bestimmt sich aus der Relation von realem Sozialprodukt und der Produktionskapazität¹²; die darin realisierte effektive Nachfrage steht jedoch erst am Schluß der Periode fest und damit auch der Auslastungsgrad dieser Periode, so daß das Preissetzungsverhalten der Unternehmen einem fiktiven Auslastungsgrad folgen muß.

□ Der Auslastungsgrad bzw. seine Entwicklung c_t ist – wie nachstehend gezeigt wird – im Modell *autonom gesetzt*, so daß der Nachfrageseite auch in dieser Hinsicht keine wesentliche Bedeutung zukommt.

Es gilt:

$$c_t = \frac{Y_{rt}}{Y_{ct}} \quad \text{mit } Y_{rt} \text{ als realem Brutto-sozialprodukt und } Y_{ct} \text{ als Produktionskapazität.}$$

Ferner gilt¹³:

$$Y_{ct} = \frac{a_1}{100} \cdot \frac{(3Y_{rt} + 2Y_{r,t-1} + Y_{r,t-2})}{3} + a_2 (c_{t-1} - 1) \cdot 100 + a_3 + R_{ct}$$

mit R_{ct} als Residuum.

Daraus folgt:

$$Y_{ct} = \frac{a_1}{100} (Y_{rt} + 0,67 Y_{r,t-1} + 0,33 Y_{r,t-2}) + \dots$$

Ist Y_r konstant im Zeitablauf, so ergibt sich sogar:

$$Y_{ct}^* = \frac{a_1}{100} \cdot 2 Y_{rt} + a_2 (c_{t-1} - 1) \cdot 100 + a_3 + R_{ct}$$

Der Auslastungsgrad hängt demnach ganz wesentlich von den *autonom gesetzten Gewichtungsparemtern* des realen Brutto-sozialprodukts ab. Wählt man beispielsweise eine Gleichgewichtung

$$\frac{a_1}{100} \cdot \frac{(0,33 Y_{rt} + 0,33 Y_{r,t-1} + 0,33 Y_{r,t-2})}{3}$$

so sinkt die geschätzte Produktionskapazität und der Auslastungsgrad steigt an – mit der Folge einer Erhöhung des Konsum- und Investitionsgüterpreisniveaus und entsprechender destabilisierender Tendenzen, wenn man z. B. bedenkt, daß die Lohnfunktion¹⁴ vom Konsumgüterpreisniveau abhängt und diese wiederum die Lohnstückkosten beeinflussen.

Für den Preissetzungsprozeß scheint die ursprüngliche Funktion in der Bonner Version 5.4 ökonomisch plausibler zu sein, da dort zumindest der Monopolgrad einen wesentlichen Einfluß besitzt¹⁵, d. h. keine totale

¹⁰ Eine Möglichkeit der Verbesserung der Verlässlichkeit von Welthandelsprognosen zeigen Ergebnisse des „Project Link“. (Vgl. W. Krelle: Wirtschaftsprognosen mit ökonometrischen Modellen – Probleme und Erfahrungen, in: H. Albert, M. C. Kemp, W. Krelle, G. Menges, W. Meyer (Hrsg.): Ökonometrische Modelle und sozialwissenschaftliche Erkenntnisprogramme, Mannheim, Zürich, Wien 1978).

¹¹ Vgl. z. B. die empirischen Untersuchungen bei W. A. Goodley, W. D. Nordhaus: Pricing in the Trade Cycle, in: Economic Journal, Vol. 82 (1972), S. 852 f.

¹² Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichung 67.

¹³ Vgl. ebenda, Gleichung 48.

¹⁴ Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichung 12.

¹⁵ Vgl. W. Krelle: Stand der Modellbauarbeiten an der Universität Bonn, in: F. Schober, H. D. Plötzeneder (Hrsg.): Ökonometrische Modelle und Systeme, München 1978, S. 147 f.

Monopolisierung in bezug auf die Preissetzung unterstellt zu werden braucht. Ökonomisch sinnvoller wäre es, wenn sich die Preisniveaus aus der Kombination von Angebots- und Nachfragefunktionen als Modelllösungen ergeben würden, um der Regulierungs- und Koordinationsfunktion der Preise im marktwirtschaftlichen System Rechnung zu tragen. Zu denken wäre z. B. daran, die Nachfrage nach Konsumgütern, die im vorliegenden Modell von den deflationierten Nettolohn- und Gewinnsummen und dem Konsum der Vorperiode determiniert wird¹⁶, explizit vom Konsumgüterpreisniveau abhängig zu machen.

Gewerkschaftsverhalten

Das Modell enthält nur eine *angebotsorientierte* Hypothese („Aufschlagstheorie“) über die funktionelle Einkommensverteilung bzw. über die Lohnpolitik. Betrachtet man den ersten Teil der Kostenfunktion¹⁷ in Gleichung (2) – in der unverständlicherweise die Kapitalkosten ausgeklammert sind –, so ergibt sich:

$$k_t = w_t \cdot \frac{H_t}{Y_t} \text{ bzw. } \frac{W_t}{Y_t} = \frac{w_t \cdot H_t}{Y_t}$$

mit W_t als Lohnsumme. Berücksichtigt man das Preisniveau des Sozialprodukts P_t , so ergibt sich die Bruttolohnquote:

$$\frac{W_t}{Y_t} = \frac{w_t \cdot H_t}{Y_t \cdot P_t}$$

oder

$$P_t = \frac{w_t}{ap_{r_t}} \cdot \frac{1}{\left(\frac{W_t}{Y_t}\right)} \text{ bzw. } P_t = \frac{w_t}{ap_{r_t}} \cdot \beta_t$$

mit ap_{r_t} als reale Arbeitsproduktivität pro Stunde und β_t als umgekehrte Lohnquote.

Soll das gesamtwirtschaftliche Preisniveau konstant bleiben – abgesehen von dem Einfluß der Importstückkosten und der indirekten Steuern pro Stück –, so darf der Geldlohnsatz w_t nur in gleichem Ausmaß wie die Arbeitsstundenproduktivität steigen, und die Verteilungsquote bleibt konstant. Dies Konzept verlangt von den Gewerkschaften die *Aufgabe einer verteilungsaktiven Lohnpolitik*, die in den Berechnungen auch durch die fast konstante Lohnquote bis 1985 zum Ausdruck kommt.

Die Abkehr von einer „aggressiven“ Lohnpolitik kommt aber noch in einer weiteren Systemgleichung der „Berliner Version“ zum Ausdruck, in der gesamt-

wirtschaftlichen Lohnfunktion (privater Sektor)¹⁸:

$$w_t = w_{t-1} + w_{t-1} \left[\left(\frac{ap_{r_{t-1}}}{ap_{r_{t-2}}} - 1 \right) + \left(\frac{P_{c_{t-1}}}{P_{c_{t-2}}} - 1 \right) + R_{w_t} \right]$$

mit ap_{r_t} als realer stundenbezogener Arbeitsproduktivität, $P_{c_{t-1}}$ als Konsumgüterpreisniveau und R_{w_t} als Residuum. Der Lohnsatz ergibt sich demnach aus dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Steigerung des Konsumgüterpreisniveaus. Auffällig ist die Ausklammerung der Arbeitslosenrate, die zu einer modifizierten Phillips-Kurve führen würde und die sich auch als Bargaining-Prozeß erklären ließe, d. h. die Arbeitslosenrate besitzt im vorliegenden Falle keinen Einfluß auf den Lohnsatz bzw. auf die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Voll durchsetzbar erscheint dagegen die Steigerungsrate des Konsumgüterpreisniveaus.

Vorteile des Bonner Modells

In der Fassung 5.4 des Bonner Modells¹⁹ wird eine andere Lohnfunktion verwendet:

$$g_{w_t} = a_1 \cdot d^* + a_2 \cdot \left(\frac{g_{ap_{r_{t-2}}}}{g_{w_{t-2}}} \right) + a_3 \cdot g_y + a_4 \cdot \frac{1}{u_t} + a_5,$$

mit g_w als Wachstumsrate des Lohnsatzes, g_{ap} als Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, g_y als Wachstumsrate des Sozialprodukts und u als Arbeitslosenquote sowie d^* , einer Dummy-Variablen mit $d^* = 0$ als schwächerer Gewerkschaftspolitik und $d^* = 1$ als aggressiverer Politik. Blickt man nochmals auf die „Berliner Version“ der Lohnfunktion, so ergibt sich in Wachstumsraten:

$$g_{w_t} = g_{ap_{t-1}} + g_{p_{c_{t-1}}} + R_{w_t}.$$

Das heißt, die Geldlohnsteigerung folgt vollständig dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Veränderung des Konsumgüterpreisniveaus mit einer Verzögerung von einer Periode, während in der Bonner Version 5.4 dämpfende bzw. aggressive Effekte erfolgen können. Durch die Ausblendung der Arbeitslosenrate bzw. des Zusammenhangs zwischen der Durchsetzbarkeit der Konsumgüterpreissteigerungen und der Höhe der Arbeitslosenrate wird eine *neue Einkommensstrategie* erzeugt: Die Lohnforderungen sollen der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und dem Steigerungssatz des Konsumgüterpreisniveaus der Vorperiode *voll* folgen – *unabhängig von der Lage am Arbeitsmarkt*. Abgesehen von dem Realitätsgehalt dieser Strategie widerspricht diese Lohnfunktion und die damit verbundene Strategie einer anderen Lohnfunktion, die sich in der Kostenfunktion verbirgt.

¹⁶ Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichung 30.

¹⁷ Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichung 159.

¹⁸ Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichung 12.

¹⁹ Vgl. W. Krelle, a.a.O., S. 148.

Es gilt in Wachstumsraten (bei Invarianz der Importstückkosten und der indirekten Steuern pro Stück) approximativ:

$$g_{w_t} = g_{p_t} + g_{ap_t} + g_t$$

mit g_{p_t} als Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, dem Wachstum der Arbeitsproduktivität g_{ap_t} und der Veränderung der Lohnquote. Ist deren Veränderung gleich Null („produktivitätsorientierte Lohnpolitik“), so ergibt sich

$$g_{w_t} = g_{ap_t} + g_p$$

Vergleicht man nun beide Lohnfunktionen, so beinhaltet das Modell zwei *inkompatible „Handlungsanweisungen“* für die Gewerkschaften. Insofern besitzt die Lohnfunktion des Bonner Modells Version 5.4 entscheidende Vorteile – abgesehen von der Notwendigkeit der Vorgabe eines Wertes für die Dummy-Variable, die für das Gewerkschaftsverhalten angesetzt werden muß. Hierin könnte eine Instabilitätsquelle liegen, wenn diese Variable einen hohen Wert – z. B. bei zunehmendem Beschäftigungsgrad im Zuge der Durchführung des Expansionsprogramms – annimmt. Allerdings ließen sich alternative Werte annehmen, um auch hierbei die Sensibilität des Expansionserfolges, z. B. alternative Beschäftigungseffekte, zu testen.

Behandlung des Faktors Arbeit

Als weiteres Problem der Stabilität stellt sich die Behandlung des Faktors Arbeit – abgesehen von der vorgenommenen Aufteilung in Arbeiter, Angestellte und Selbständige – als homogener Faktor in bezug auf die Qualifikationshöhe und Berufsstruktur²⁰ dar. Allein aus dem Umstand, daß sich der Arbeitskräfteeinsatz und der Lohnsatz w_t in $w_t = \sum_i w_i \cdot a_i$ zerlegen läßt, mit $i = 1 \dots n$ Qualifikationsniveaus (oder Berufen) und w_i als qualifikationsbezogenes Durchschnittseinkommen und a_i als Anteile der Arbeitskräfte mit bestimmten Qualifikationen (Berufen), und – wie im vorliegenden Modell unterstellt – die Arbeitsmarktkräfte keinen nennenswerten Effekt auf die Lohnbildung besitzen, können sich Lohnstruktureffekte ergeben, und zwar *unabhängig* von der Einkommenspolitik. Für die Bundesrepublik dürften derartige Effekte zu erwarten sein, wenn man einen Blick auf die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen (deutsche) wirft (vgl. Tabelle).

Sehr deutlich zeigt sich dabei eine erhebliche Qualifikationsstrukturverschiebung zugunsten der Höher-

²⁰ Ausgeklammert wird an dieser Stelle das Problem der Arbeitsmarktsegmentierung. Vgl. dazu z. B. W. Sengenberger (Hrsg.): Der gespaltene Arbeitsmarkt, Frankfurt/Main 1978.

Tabelle

Angebotsstruktur des Arbeitskräftepotentials nach höchstem Ausbildungsabschluß in der Bundesrepublik (Deutsche) (in %)

	Un- und Angelernte	Betriebl. Berufsausbildung	Berufsfachschule	Fachhochschule, Hochschule	Sonstige
1975	29,7	45,5	15,3	6,7	2,8
1980	24,7	46,6	17,5	8,1	3,1
1985	20,3	46,5	20,2	9,4	3,6

Quelle: G. Weißhuhn: Beschäftigungschancen und Qualifikation, Frankfurt/M. 1978, S. 135; eigene Berechnungen auf der Grundlage des Bildungsgesamtplanes und des Arbeitsmarktmodells des Battelle-Instituts (vgl. B. Frenzel, A. Blüm: Quantitative und qualitative Vorausschau auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland, in: BeitrAB 8.1, 8.2, Nürnberg 1975). Die Ergebnisse für die Hochqualifizierten dürften Minimalwerte sein, da die neueren Absolventenzahlen noch etwas höher liegen (vgl. Kultusministerkonferenz: Prognose der Studienanfänger, Studenten und Absolventen bis 1995, Dok. 62, Bonn, Juni 1979).

und Hochqualifizierten. Legt man nun beispielsweise Einkommensstrukturen (Durchschnittseinkommen nach Qualifikationsniveaus) aus der Volkszählung 1970 zugrunde (der Mikrozensus 1976 zeigt ähnliche Einkommensrelationen), so ergeben sich – bei gegebenen Einkommensstrukturen – Lohnstruktureffekte auf das durchschnittliche jährliche Wachstum der Arbeitnehmerereinkommen zwischen etwa 0,3 und 0,8 Prozentpunkten²¹ und entsprechende Effekte auf die Lohnstückkosten und damit auf das Preisniveau, so daß hiervon ein weiterer destabilisierender Effekt ausgehen dürfte.

Einstellungsverhalten des Staates

Von besonderem Interesse ist aber auch das Aufnahmeverhalten des Staates, da dieser als „Hauptabnehmer“ vor allem der Hochqualifizierten fungiert. Als zusätzliche Personalausgaben des Staates werden rd. 19 Mrd. DM (Preisbasis 1970) zwischen 1980–1985 veranschlagt, auf Beschäftigte umgerechnet etwa zusätzlich 30 000 Personen *jährlich*²², d. h. 150 000 zusätzliche Stellen zwischen 1980–1985. Als jährliches Durchschnittseinkommen (Basis 1970) ergibt sich daher ein Wert von rd. 25 300 DM Jahreseinkommen. Bedenkt man andererseits, daß das Durchschnittseinkommen für Angestellte, Beamte, Richter mit Hochschul- und Fachhochschulabschluß rd. 29 000 DM jährlich betrug (Volkszählungs-Wert 1970), so ergibt sich nur eine Stellenzahl – bezogen auf den Zeitraum 1980–1985 – von rd. 130 000 für diesen Personenkreis²³, d. h. durchschnittlich 26 000 jährlich.

²¹ Vgl. G. Weißhuhn, a.a.O., S. 138 ff.

²² Vgl. DIW-Wochenbericht 13/1979, S. 145.

²³ D.h. ohne Berücksichtigung von Realeinkommenssteigerungen dieser Gruppe öffentlich Bediensteter.

Dies wäre die Zahl von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, wenn nur der oben genannte Personenkreis eingestellt würde. Stellt man diesen Zahlen die Entwicklung der Absolventen²⁴ ab 1980 gegenüber, so ergibt sich eine Gesamtsumme von rd. 687 000 Personen mit diesem Ausbildungsabschluß (Hochschule, Fachhochschule). Rechnet man rd. 3,8% Ausländer ab, so bleiben rd. 661 000 Personen „im Angebot“. Legt man schließlich das beobachtete Einstellungsverhalten des Staates mit rd. 66,7% als Aufnahmequote der Hochschul- und Fachhochschulabgänger bis 1985 zugrunde, so ergibt sich zwischen 1980 und 1985 eine zusätzliche Bruttostellenzahl von rd. 441 000; drittelt sich diese Quote jedoch – bedingt z. B. durch die Verschiebung der Altersstruktur im öffentlichen Sektor zugunsten der jüngeren Jahrgänge –, so ergeben sich approximativ nur noch 147 000 Stellen in diesem Zeitraum²⁵. In der Bilanzierung für 1980–1985 berechnen sich je nach Einstellungsvariante noch brutto 220 000 bzw. 514 000, die in privaten Bereichen zusätzlich beschäftigt werden müssen – abgesehen von den Absolventen zwischen 1985 und 1990 (rd. 768 000 Deutsche nach Angaben der Kultusministerkonferenz).

Nachfrage nach Berufen

Hochinteressant sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse eines DIW-Gutachtens²⁶. In dieser Studie wird der Bedarf nach 60 Berufen vorausgeschätzt. Hinsichtlich der Frage der Aufnahmefähigkeit des Beschäftigungssystems von Höher- und Hochqualifizierten zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Bedarfs nach Berufen, die nach der Volkszählung 1970 eine hohe Besetzung mit Fachhoch- und Hochschulabsolventen aufweisen, daß nach der DIW-Prognose keine nennenswerten Steigerungen der Nachfrage zu erwarten sind. Im einzelnen zeigt sich dies bei den in Frage kommenden Berufen (in den Klammern bezeichnet der erste Wert den Bedarf 1980, der zweite den Bedarf 1985; jeweils in 1000 Personen):

- Ingenieure (486/515),
- Chemiker, Physiker, Mathematiker (47/49),
- Techniker (587/613),
- Rechtsberufe (90/93),
- Bank- und Versicherungskaufleute (512/562),

²⁴ Vgl. Kultusministerkonferenz, a.a.O., S. 25.

²⁵ In der Bund-Länder-Kommission werden Quoten von nur 15-18% genannt. (Vgl. Zentrale Datenstelle der Länder: Zur Frage des Ersatzbedarfs der öffentlichen Verwaltung an hochqualifizierten Arbeitskräften, ZDL 2-FV 4101, 23. 3. 1976; BLK-Drucksache MS-BB 78.14, Mai 1978, und BLK-Drucksache K 96/76, Mai 1976; M. Tessaring: Der Verbleib der Hochschulabsolventen seit 1971, in: MittAB, Heft 2, 1978; OECD (Hrsg.) (Restricted): Admission Policies in Post-Secondary Education, by H. R. Friedrich, Paris 1979).

²⁶ Vgl. DIW (Hrsg.): Vorausschätzung des Bedarfs an Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der ausländischen Erwerbstätigen, Berlin 1979.

- Unternehmer, Organisationsberufe, Wirtschaftsprüfer (709/716),
- Publizisten, Bibliothekare, Künstler u. a. (233/242),
- Ärzte, Apotheker (185/197),
- Lehrer (533/572),
- Sozialpflegerische Berufe (189/203).

Hierdurch ergibt sich eine Steigerung der Nachfrage nach diesen Berufen im privaten und öffentlichen Bereich um rd. 190 000, wobei diese Berufe zum Teil nicht zu 100% mit Höher- und Hochqualifizierten besetzt sind. Die Bedarfsrechnung extrapoliert die Berufsstruktur anhand der Daten von 1951/1961/1970 bis 1990, obwohl aus der Beschäftigtenstatistik z. B. Berufsstrukturdaten bereits für 1977 vorliegen²⁷. Abgesehen davon zeigt der Vergleich mit anderen Bedarfsschätzungen²⁸, der im DIW-Gutachten vorgenommen wird, daß das Battelle-Institut sowie Prognos in den genannten Berufen von einem wesentlich höheren Bedarf ausgehen. Der Lehrerbedarf bis 1990 wird beispielsweise vom DIW mit 604 000 berechnet, während Battelle einen Bedarf von 788 000 und Prognos einen von 666 000 Lehrern ermitteln. Nimmt man das DIW-Untersuchungsergebnis ernst, so bleibt zu fragen, wo die restlichen auf mehrere Hunderttausend zu veranschlagenden Absolventen der Fachhoch- und Hochschulen eine Beschäftigung aufnehmen können.

Behandlung der Arbeitskräftenachfrage

Eine Lösung des Absorptionsproblems kann aber auch die „Berliner Version“ des Modells nicht leisten, wie ein Blick auf die Behandlung der Arbeitskräftenachfrage zeigen wird. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird abgeleitet aus dem Arbeitskoeffizienten, d. h. der umgekehrten Relation der realen Arbeitsproduktivität. Hierzu werden drei empirische Funktionen für den privaten Sektor geschätzt, und zwar Funktionen für die Angestellten, Selbständigen und Arbeiter²⁹.

Definitiv ergibt sich der gesamte Arbeitskoeffizient als:

$$\frac{H_t^A}{Y_t} + \frac{H_t^S}{Y_t} + \frac{H_t^{AR}}{Y_t} = \frac{H_t}{Y_t} \text{ bzw.}$$

$$\frac{H_t}{Y_t} = \left(\frac{\bar{H}_t}{\bar{K}_t} \right) \cdot \left(e^{-0,0233 \cdot t} \cdot 0,14 + e^{-0,02601 \cdot t} \cdot 0,7 + e^{-0,05941 \cdot t} \cdot 0,04 \right) + 0,17 + \sum R_t.$$

²⁷ Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 12, 1978.

²⁸ Vgl. A. Blüm, U. Frenzel, a.a.O.; Prognos-AG: Potentielle strukturelle Ungleichgewichte zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990, Basel 1976.

²⁹ Vgl. Dokumentation, a.a.O., Gleichungen 25 ff.: H_t^A , H_t^S , H_t^{AR} bedeuten die geleisteten Arbeitsstunden der Angestellten, Selbständigen und Arbeiter.

Der gesamtwirtschaftliche Arbeitskoeffizient ist demnach als Funktion der durchschnittlichen Kapitalintensität ($\frac{K}{N}$), eines Zeitfaktors der Form $e^{-O_i \cdot t}$ ($i = A, S, AR$), wobei O_i je Prognosezeitpunkt einen unterschiedlichen empirischen Wert erhält, eines Absolutglieds von 0,17 und der Summe der Störvariablen darstellbar, so daß sich bei Kenntnis des realen Sozialprodukts und der durchschnittlichen Arbeitszeit die private Nachfrage nach Arbeitskräften ergibt. Das Modell impliziert vollständige Substitution unter den Arbeitskräften, d. h. die Arbeitsstunden und -leistungen, unterschiedliche Ausbildungs- und Berufsqualifikationen sind beliebig gegeneinander austauschbar. Damit lösen sich die oben skizzierten Absorptionsprobleme der höher- und hochqualifizierten Arbeitskräfte geradezu von selbst, da jede Arbeitskraft – unabhängig von der Ausbildungs- und Berufsqualifikation – jeden Arbeitsplatz einnehmen kann. Abstrahiert wird darüber hinaus von den Ergebnissen der laufenden Qualifikations-³⁰ und Flexibilitätsforschung³¹, die auf Substitutionsschranken hindeuten, so daß sich Absorptionsprobleme am Arbeitsmarkt ergeben könnten und die Stabilisierungsstrategie nicht das gewünschte Vollbeschäftigungsziel erreicht.

Zu erwähnen ist aber auch der Versuch, die unterschiedliche Produktivität der Arbeitskräftekategorien als Index der Qualitätsstruktur der Arbeitskräfte einzubeziehen, und zwar unter Heranziehung der entsprechenden Einkommenswerte dieser Gruppen³². Allerdings besitzt dieses Procedere einen unerwünschten Effekt im Hinblick auf den Arbeitsmarkterfolg. Die laufende Anhebung der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräfteeinsatzes³³ führt bei gegebenen Produktivitätsgewichten zu einer steigenden Arbeitsproduktivität und einer niedrigeren Arbeitskräftenachfrage und damit zu einer Beeinträchtigung des Erfolges der Stabilisierungsstrategie.

Zusammenfassung

Das Systemmodell des DIW („Berliner Version“), das die Grundlage für die empirische Fundierung der nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der

Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1985 bildet und das beeindruckende Stabilitäts- und Beschäftigungseffekte liefert, enthält eine Reihe von kritischen Annahmen, die erhebliche Zweifel an dem Eintreffen des Stabilitätserfolges aufkommen lassen müssen:

- Der Marktpreismechanismus als Regulierungs-, Stabilisierungs- und Koordinationsmechanismus wird im DIW-Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung aufgegeben.
- Die zukünftige Auslastung des Produktionspotentials bleibt in den DIW-Berechnungen unbestimmt, so daß das Konsumgüter- und Investitionsgüterpreisniveau wesentlich höhere Inflationsraten als veranschlagt annehmen kann, so daß eine relativ stabile expansive Entwicklung bis 1985 – wie vom DIW prognostiziert – nicht zwingend erscheint.
- Es werden zwei miteinander nicht vereinbare Lohnstrategien der Gewerkschaften unter Ausklammerung des Einflusses der jeweiligen Arbeitsmarktlage auf die Lohnverhandlungen unterstellt – mit der Folge, daß das Verhalten der Gewerkschaften nicht eingeschätzt werden kann.
- Das DIW rechnet trotz des vorgeschlagenen Stabilitätsprogramms mit noch rd. 800000 Arbeitslosen im Jahre 1985. Zieht man ein weiteres DIW-Gutachten zur Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs nach Berufen heran, so zeigt sich, daß gerade in den Berufen in der *Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst*, die vor allem mit höher- und hochqualifizierten Arbeitskräften besetzt sind, eine äußerst geringe zusätzliche Nachfrage prognostiziert wird. Dies kann zweierlei bedeuten: Das DIW rechnet erstens mit mehreren Hunderttausend höher- und hochqualifizierten Arbeitslosen (vornehmlich Fachhoch- und Hochschulabsolventen). Oder zweitens die Höher- und Hochqualifizierten verdrängen anders qualifizierte Arbeitskräfte von deren Arbeitsplätzen.

Letzteres wird in den DIW-Berechnungen tendenziell unterstellt, da eine *vollständige Austauschbarkeit* zwischen unterschiedlich ausgebildeten Arbeitskräften an den Arbeitsplätzen angenommen wird.

In Anbetracht dieser kritischen Punkte ist der Stabilitätserfolg, insbesondere das Erreichen der Vollbeschäftigung und des „Selbstfinanzierungseffektes“ des vorgeschlagenen 250-Mrd.-Programms völlig ungewiß. Vielmehr ist zu vermuten, daß noch erheblich mehr öffentliche Mittel in Milliardenhöhe einzusetzen sind, um den Arbeitskräften *sämtlicher Ausbildungsqualifikationen* sichere Beschäftigungschancen für die Zukunft zu eröffnen.

³⁰ Vgl. aus der reichhaltigen Literatur z. B. H. v. Henniges: Quantitative und qualitative Veränderungen der Arbeitsplätze von Angestellten, in: BeitrAB 32, Nürnberg 1979; H. v. Henniges, M. Tessaring: Entwicklung des Facharbeitereinsatzes in der BRD, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1977.

³¹ Vgl. dazu z. B. D. Mertens, M. Kaiser (Hrsg.): Flexibilitätsforschung in der Diskussion, in: BeitrAB 30, 30(1), 30(2), 30(3), Nürnberg 1978.

³² Vgl. im einzelnen W. Krelle, M. Fleck, H. Quinke: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen einer Ausweitung des Bildungssystems, Tübingen 1975, S. 24, und Gleichung 150 in Anlage 8 der Studie.

³³ Abstrahiert wird ferner im vorliegenden Modell von sogenannten „Screening-Effekten“ auf der Arbeitgeberseite, die darin liegen können, daß diese auf die Qualifikationsfunktion des Bildungswesens nicht oder teilweise nicht mehr vertrauen. (Vgl. dazu im einzelnen G. Weißhuhn: Ausbildungsqualifikation und Beschäftigung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 59. Jg. (1979), H. 8, S. 401 ff.)